

SCHLAG LICHT

Nr.5

21.4.1981

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

SCHLAGLICHT!

Impressum

V.i.S.d.P. AStA der
TH Darmstadt

Redaktion:

Bernd Golle
Gerd Stuhlfauth
Ralf Gauselmann
Michael Siebel
Ulrike Buntенbruch

Redaktionsschluß für Nr.6
28.4.1981

Herausgeber: AStA der THD

INHALT

Ruf nach Neuer Elite ...1	
Frieden - die wichtigste Sache der Welt ...3	
Bericht von der VDS-MV ...5	
Veranstaltungen ...8	

RUF NACH NEUER ELITE

Ein gefährlicher Trend in der Hochschuldiskussion

Die hoffnungsvollen Hochschulreformansätze zu Beginn der 70er Jahre scheinen inzwischen nicht nur vergessen, sondern ins Gegenteil gewendet zu werden. Jedenfalls muß man dies für die Zukunft befürchten, wenn unter Politikern, Wissenschaftlern und Unternehmern Stimmen laut werden, die eine "neue Elite" an den deutschen Hochschulen fordern - wie auf einem CSU-Wissenschaftshearing deutlich wurde.

Im Mittelpunkt der Argumentation steht auf der einen Seite die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die man durch das angebliche Mittelmaß gefährdet sieht und auf der anderen Seite eine "Technikfeindlichkeit", die für die bayrischen Minister Jaumann und Maier für das "herrschend gewordene Mittelmaß" verantwortlich ist. Das Sozialprinzip solle - so wurde gefordert - wieder durch ein Leistungsprinzip er-

setzt werden, also strengste Qualitätskontrolle und verstärkte Förderung der Spitzenkräfte.

Wenn man sich an deutschen Hochschulen umsieht, so ist sicher kaum etwas von einer "Technikfeindlichkeit" zu entdecken. Dies darf man nicht damit verwechseln, daß zur Zeit der Bedarf an Ingenieuren von den Hochschulen nicht gedeckt werden kann. Aber das ist keine "Technikfeindlichkeit". Selbst wenn es so etwas gäbe, wäre es eine unsinnige Argumentation, hier die Ursache für ein Mittelmaß zu suchen. Dabei ist die Frage zu stellen, ob es dieses "Mittelmaß" überhaupt gibt?

Aber da muß man zurückfragen: sind die deutschen Hochschulen mit ihrer derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattung überhaupt in der Lage, den Laboratorien in anderen Ländern (z.B. USA und England) in den technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen konkurrenzfähig zu sein? Und: sind Universitäten einfach nur Fabriken für den "quadratisch-praktischen Nobelpreisträger"?

Viele deutsche Studenten studieren technische Fachrichtungen und insgesamt muß man die Hochschulen eher technikfreundlich einschätzen. Es gibt also keine besondere "Technikfeindlichkeit" an den Hochschulen, jedoch stellt sich die hochtechnisierte und sterile Umwelt in unserer Industriegesellschaft für immer mehr Menschen als feindlich dar - ein gesellschaftliches Problem, kein universitäres. Allerdings täten die Hochschulen gut daran, diese Probleme ernst zu nehmen und anzupacken.

Die gefährdete "Konkurrenzfähig-

keit der deutschen Wirtschaft ist seit Jahren ein Argument, mit dem "alles und nichts" begründet wird. Unsere exportabhängige Wirtschaft sicherte uns in der Vergangenheit die ständige Verbesserung des Lebensstandards auf Kosten der Zerstörung von Kulturen und Lebensräumen in anderen Ländern. Ein Großteil der "Entwicklungshilfe" basiert auf dem Export unserer Fehler in die dritte Welt. Wer weiterhin ein ständiges Wirtschaftswachstum predigt, verschweigt die Grenze des Möglichen und die Katastrophe, die sich anbahnt: Erschöpfung der Energie- und Rohstoffreserven, Zerstörung der Umwelt auf dem gesamten Erdball und ein bedrohliches Wachstum der Weltbevölkerung.

Die angesprochenen Probleme werden uns zunehmend beschäftigen und Konsequenzen erfordern, die viele heute noch nicht einsehen. In dieser schwierigen Zeit versuchen nun offenbar rückschrittliche Elemente in der Bundesrepublik, die anstehenden Konflikte für ihre politischen Ziele auszunützen. Mit wohlklingenden, aber unter der Oberfläche brüchigen und gefährlichen Argumenten fordern sie ein neues Leistungsprinzip und eine "neue Elite" an deutschen Hochschulen, d.h. in dieser Gesellschaft. Aber was bedeutet eigentlich diese Forderung?

Es würde die wesentlich stärkere Ausprägung eines Obrigkeitsstaates bedeuten, den wir auch heute noch nicht überwunden haben. Eine Elite würde ihren Willen zunehmend den unteren Schichten bewußt oder unbewußt aufzwingen und sich Privi-

legien sichern. Eine demokratische Entwicklung wäre gestört und ins Gegenteil verkehrt, die Freiheit des Einzelnen bedroht und das Grundgesetz mit den Menschenrechten eine reine Lächerlichkeit.

Es ist die Frage, ob es überhaupt Argumente gibt, die die Wiedereinführung solcher Zustände rechtfertigen würden?

(Quelle: Darmstädter Echo 21.2.81)

FRIEDEN — DIE WICHTIGSTE SACHE DER WELT

In der letzten Ausgabe des "Schlaglichts" haben wir dazu aufgefordert, den Krefelder Appell zu unterstützen. Uns erscheint das Thema "Frieden" so wichtig, daß wir es für notwendig halten, nochmals darauf einzugehen.

Der Krefelder Appell richtet sich gegen den sogenannten "Nachrüstungsbeschluß" der NATO, vor allem mit der Begründung, daß der SALT-II-Vertrag bisher nicht ratifiziert wurde. Der weiteren Aufrüstung Einhalt zu gebieten ist das Ziel dieses Appells.

Wir wollen in dieser Ausgabe noch zwei weitere Initiativen vorstellen, die weitergehende Forderungen haben.

Eine Bewegung, die aus den Gedanken Bertrand Russells hervorgegangen ist, ist die "Russell Peace Foundation". Sie geht von der Überlegung aus, daß durch die immer differenziertere Entwicklung von Nuklearwaffen sich die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines "begrenzten" Atomkrieges gewöhnt. "Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Ent-

wicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann." (1) Insbesondere sieht diese Bewegung als ersten Schritt zum Frieden in der Welt, Europa zur atomwaffenfreien Zone zu machen, d.h. frei "von atomaren Waffen, Luft- und U-Bootstützpunkten und von allen Einrichtungen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind". Weitere Forderungen sind, ähnlich denen des Krefelder Appells:

- keine Herstellung von SS-20 Mittelstrecken-Raketen durch die Sowjetunion
- Keine Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing II Raketen zur Stationierung in Europa
- Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Gleichzeitig wird jeder Mensch in Europa aufgerufen, darüber nachzudenken, auf welche Weise alle Europäer für diese gemeinsamen Ziele arbeiten können. Die Russell-Peace-Foundation stellt sich eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der Vertreter verschiedenster Länder miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren. Informelle Begegnungen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauen-

organisationen, Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Individuen sollen dem gemeinsamen Ziel nutzen, ganz Europa von den Atomwaffen zu befreien. Die Russell-Peace-Foundation ruft alle Menschen auf, zielbewußte und phantasievolle Aktionen zu machen, die mehr Menschen für den Appell gewinnen können: "Die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe". (1).

Noch weiter gehende Forderungen für einen umfassenden Frieden stellten bereits 1955 (!) Bertrand Russell und mit ihm eine Reihe bekannter Wissenschaftler. Sie waren die ersten, die nach dem II. Weltkrieg einsahen, daß die Aufrüstung, der kalte Krieg sowie die Weiterentwicklung der Atombombe unweigerlich zur Katastrophe führen müssen und die sich für einen Frieden einsetzten, der nicht auf Abschreckung basiert (also auf Angst), sondern auf der totalen Abschaffung des Krieges. Sie verfaßten eine gemeinsame Erklärung, die als "Russell-Einstein-Manifest" bekanntgeworden ist. Sie ist 1955, kurz vor dem Tode Einsteins, formuliert und veröffentlicht worden.

Dieses Manifest wendet sich nicht nur an Parteien und Regierungen, sondern es wendet sich an jeden einzelnen Menschen: "Wir sprechen...als Menschen,

als Angehörige der Gattung Mensch..." und "wir fordern Sie auf, sich selbst nur als Angehörige einer biologischen Gattung zu betrachten..."(2). Das Russell-Einstein-Manifest setzt sich dafür ein, für die Lösung aller Streitfragen friedliche Mittel zu finden. Als erster Schritt dazu wird angesehen, die Nuklear-Waffen abzuschaffen. Aber nur als ersten Schritt, denn "welche Abmachungen, keine Wasserstoffbomben einzusetzen, in Friedenszeiten auch getroffen werden, sie würden in Kriegzeiten nicht mehr als verbindliche angesehen, und beide Seiten würden sich nach Kriegsausbruch daranmachen, Wasserstoffbomben herzustellen, denn, wenn eine Seite die Bomben herstellte und die andere nicht, würde die Seite, die sie herstellt, unvermeidlich Sieger sein."(2). So ist denn auch jeder aufgefordert, sich die Gefahren eines Krieges zu verdeutlichen, der die ganze Menschheit bedroht; und zwar nicht "die Menschheit" als abstrakten Begriff, sondern jeden selbst, seine Kinder und Enkel.—

Diese Appelle sollen zeigen, daß es nicht damit getan ist, eine "Meinung" zu Krieg und Frieden, "Nach-" und Abrüstung, Bundeswehr ja oder nein zu haben. Hier ist jeder einzelne aufgefordert, sich aktiv für einen umfassenden Frieden einzusetzen, der Kriegsdienstverweigerer genauso (nur mit Verweigern

ist es nicht getan) wie der Soldat, der bewußt die Abschreckung als Mittel zum Ziel vertritt (nur zur Bundeswehr zu gehen ist ein bißchen wenig für den Frieden).

Jeder einzelne muß sich darüber bewußt werden, daß wir ohne einen umfassenden Frieden die anstehenden Weltprobleme nicht werden lösen können. Wir müssen konsequent für den Frieden eintreten, durch Einsatz in Initiativen,

persönliche Begegnung mit Leuten aus dem Ausland, im persönlichen Freundeskreis. Nur so haben wir eine Chance.

Wir müssen anfangen, den Frieden zu leben, noch heute.

- 1) "Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa"
initiiert von: The Bertrand Russell Peace Foundation,
Garable Street, Nottingham NG 7 4 ET, England
- 2) Russell-Einstein-Manifest, 1955
zitiert nach: Darmstädter Blätter 2/81

BERICHT VON DER

VDS-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Oftmals ist Kritik an dem Dachverband der Studentenschaften in der Bundesrepublik auch bekannt unter dem Kürzel VDS zu vernehmen. Die Leute, die nach Sinn und Zweck des Verbandes fragen haben dann auch meist schon die Antwort auf den Lippen:

Sinnlos weil zu abgehoben, funktionsunfähig weil zu basisfern.

Harte Worte gegenüber des VDS, an die doch immerhin jede Studentenschaft eine gute Mark pro Student abliefern um das, was da passiert zu finanzieren. Wenn also rund 1/10 der Studentenschaftsbeiträge auf die Konten der VDS fließen muß es legitim sein, danach zu fragen, was mit diesem Geld passiert.

Deshalb vorneweg ein paar Worte zur Struktur und den Aufgaben des Verbandes.

Oberstes beschlußfassendes Organ ist die Mitgliederversammlung (MV) über die letzte soll hier berichtet werden, an der jeweils Delegierte aller ASTen teilnehmen. Auf der MV erhält dann jeder ASTA eine bestimmte Anzahl Stimmen, die sich nach der Zahl der eingeschriebenen Studenten richtet (für die TH beispielsweise 13 Stimmen). Die MV legt so die grobe Richtung der Arbeit der VDS fest, was im Wesentlichen qua Verabschiedung eines Arbeitspro-

gramms passiert. Darüberhinaus beschließt die MV über den Haushalt, und wählt bzw. entlastet den Vorstand, womit wir beim zweiten Schlüsselpunkt sind. Der Vorstand setzt sich gemäß dem Mehrheitsproportz der Fraktionen aller ASTen aus 5 Leuten zusammen, die den Gruppen Jusos, Basisgruppen, MSB, SHB, LHV zuzurechnen sind.

Seine Aufgabe besteht darin, die Aufträge der MV mit Leben zu erfüllen und die VDS "nach außen" zu vertreten. Schließlich gibt es noch den Zentralrat, der als Bindeglied zwischen Vorstand und MV fungiert und sich halt öfter mal trifft als die MV

Wie schon oben erwähnt leiden die VDS immens unter der starken Fraktionierung, so daß ein einzelner ASTA kaum die Möglichkeit hat auch nur den Finger in einer Entscheidung zu haben. So war es auch auf der diesjährigen MV oder glücklicherweise nur fast so.

Denn schon im Vorfeld der MV hatten sich die hessischen ASTen aus einem Wochenendseminar verständigt, eine Brise frischen Wind in den Verband zu tragen; daß es sich bei dem lockeren Zusammen um die hessischen ASTen handelte, begründete sich aus der Tatsache, daß diese von Jusos und Basisgruppen gestellt werden und man sich auf einer undogmatischen Plattform finden konnte. Die Strategie auf der MV sollte sein, in einigen

wenigen Punkten Einfluß auf die Arbeit zu nehmen. So waren von uns Anträge zu den Bereichen Wohnungsnot und Ökologie vorbereitet worden, die wir dann auch mit Vehemenz vertraten. Auf welche Schwierigkeiten wir dann stießen, ahnten wir nicht, doch schon bald waren "die Hessen" ein Phantom, das keiner so recht einzuschätzen wußte. Trotzdem war unserer ersten Initiative zum Häuserkampf Erfolg beschieden. Eine fundierte Diskussion in den Fraktionen (hauptsächlich der Jusos) trug zu einer Verbesserung des Antrags bei, in dem es u.a. heißt:

"Wieso verwandeln sich unsere Städte in Betonburgen, obwohl die Einwohner dies nicht wollen? Weil Grund und Boden, Wohnungen und Häuser im Eigentum derjenigen stehen, die sie gar nicht brauchen, weil sie selber ganz woanders wohnen. Weil dieses Eigentum für die Eigentümer nur einen Zweck hat: Profit daraus zu gewinnen. Wer Wohnraum unter dieser Zweckbestimmung sieht, der kann zustimmen, wenn Wohnraum leersteht oder abgerissen wird, wenn der Profit unterm Strich dadurch steigt. Wer Wohnraum aber sein Leben lang nur kennenlernt, als Raum zu bewohnen, der kann da nicht zustimmen. Die Herausnahme des Wohnraums aus dem kapitalistischen Marktgeschehen ist möglich und notwendig. Wohnraum ist ein Lebensmittel, kein Ding, das man Anderen als Profitgründen vorenthalten darf."

Doch es blieb nicht nur bei dem Lippenbekenntnis der Solidarität, sondern auch finanziell wurde die Häuserkampfbewegung unterstützt. (u.a. wurden 15.000 DM für Rechtshilfe bereitgestellt und die Erstellung einer Zeitung der Hausbesetzer finanziert).

Doch dann mußte es irgendwann kommen. Man begann mit der Debatte des Arbeitsprogramms. Um die 40 Seiten lagen uns vor, und das war schon die gekürzte Fassung. Endlose leere Floskeln zu den Themen: verfaßte Studentenschaft, Lereraus-

bildung, Fachhochschulen, Soziales, Wohnen, Ökologie, Kultur, Initiativen, Frauenpolitik, Frieden und Abrüstung, Arbeitsweise der VDS.....

In mühsamer Kleinarbeit begann dann die Debatte um Einzelpunkte, ein klärendes Gespräch jagte das andere und im Zustand permanenter Übermüdung (die Sitzungen waren nie vor 3 Uhr nachts zu Ende) schaffte man so nur Verwirrung auf höhere Ebene. Zeitweise drohte das Chaos zum Prinzip zu werden, als die Funktionäre ihr Spielchen mit der Geschäftsordnung trieben, die doch eigentlich für einen "flüssigen" Verlauf der Debatte gemacht sein sollte. Doch das einzige, was floß, war der Kaffee.

So scheiterte dann irgendwann in den frühen Morgenstunden auch der Ökologieantrag auf Hessen an der Geschäftsordnung und der knappen MSB/SHB Mehrheit, weil die Forderung keine Atomkraftwerke in Ost und West nicht, konsensfähig war. Als ob die Kernspaltung in den Ländern des "realen Sozialismus" beherrschbarer sei als in "kapitalistische" Ländern. Die Verabschiedung des gesamten Programms wurde zu einem Ritual, das schließlich alle beklatschten, obwohl man eher darüber weinen mußte. Die VDS krankt daran, daß man nicht bereit ist, deutlich zu sagen, wo unterschiedliche Standpunkte sind. Doch nur wenn dies geschehen würde, würden auch die Gemeinsamkeiten deutlich zutage treten und die Basis für eine gemeinsame Arbeitsplattform bilden können.

Die große Zahl der Einzelanträge zu verschiedensten Themen konnte nicht mehr behandelt werden und wurde an den Zentralrat überwiesen, und somit in die Aktenordner der VDS.

HOCHSCHULPOLITISCHE GRUPPEN

Kommunistischer Studentenbund:

EINIGE BEMERKUNGEN ZUM KAMPF UM FRIEDEN

Im letzten Schlaglicht war der Krefelder Appell abgedruckt. Unseres Erachtens gibt es bei den Initiatoren des Krefelder Appells die gefährliche Tendenz, den einen Militärblock und die, vor allem durch die ihn führende Supermacht, betriebene Aufrüstung als Quelle der Kriegsgefahr und aggressiv zu betrachten, die Aufrüstung des anderen Militärblocks dagegen als reine Schutzmaßnahme, und diesen von der UdSSR geführten Block als eigentlich dem Frieden und der Entspannung dienend.

Es ist sowieso ein verbreiteter Fehler, das Anwachsen der Kriegsgefahr auf die zunehmende Rüstung und diese wieder vor allem auf die Interessen der Rüstungskonzerne zurückzuführen. Zwar wächst die Gefährlichkeit des drohenden Krieges mit zunehmender Hochrüstung, wie diese Zeichen seiner Vorbereitung ist, seine Ursachen müssen in den aggressiven Zielen der die Aufrüstung betreibenden Staaten, allen voran USA und UdSSR, gesucht werden. Ihr Streben nach Vorherrschaft auf der Welt, die die USA nicht mehr hat, die UdSSR bisher nicht erringen konnte, treibt sie gegeneinander.

Diese Konkurrenz drückt sich auch darin aus, daß versucht wird alle Volksbewegungen zur Schwächung des Gegners auszunutzen. So wird erklärlich, daß geschworene Reaktionäre und Gewerkschaftsfeinde im Westen sich plötzlich als Freunde der polnischen Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaft "Solidarität" aufspielen. Umgekehrt, daß die Führung der Warschauer-Pakt-Staaten, die der einheimischen Bevölkerung gewaltigen Konsumverzicht zugunsten von Rüstungsproduktion auferlegt, sich als eifrigste Freunde der Friedensbewegung gegen die NATO-Hochrüstung aufspielt. Nur Rumänien hat die vom Warschauer-Pakt geforderte Erhöhung der Rüstungsausgaben abgelehnt und stattdessen den Verteidigungshaushalt zugunsten der Konsumgüterproduktion gesenkt.

Der Kampf gegen die Hochrüstung sollte weniger mit dem Ziel der Entspannung zwischen den Blöcken, die durch die aggressiven Ziele der sie führenden Supermächte verhindert wird, als vielmehr mit dem Ziel geführt werden den Supermächten die Austragung ihrer Konkurrenz in Europa unmöglich zu machen. Die europäischen Völker sollen ihre Geschicke selbst bestimmen und nicht durch Unterordnung unter die eine oder andere Supermacht von diesen bestimmen lassen. Der Kampf gegen die Absicht der USA durch Stationierung von Mittelstreckenraketen ihre Vorherrschaft zu verstärken, nimmt hier einen entscheidenden Platz ein. Keineswegs ist die ganze Friedensbewegung so einäugig, wie die Initiatoren des Krefelder Appalls, nur wird diese Blindheit von interessierten Kräften nach Möglichkeit gefördert.

Ein bißchen Spannung kam nochmal auf, als die Kandidaten für den Vorstand des MSB in zwei Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit bekommen hatten, und erst im dritten Wahlgang, nach etlichen Gesprächen, Verhandlungen "durchkam". Ein deutliches Zeichen, daß sich die Mehrheitsverhältnisse

zuungunsten des MSB/SHB verschoben haben.

Der frische Kessische Wind hat nicht das bewirkt, was wir anfangs euphorisch meinten hoffen zu können, aber ein Hauch ist auch zurück an unsere Hochschule geweht und wird auch unsere Arbeits beeinflussen.

HOCHSCHULPOLITISCHE NACHRICHTEN

Die "nc - initiativgruppe freiburg" hat durch einen Rechtsanwalt ein "Scheckheft Numerus Clausus Klageformulare" ausarbeiten lassen. Durch die ZVS abgewiesenen Bewerber finden hier Klagebriefmuster, Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung, Widersprüche gegen die Ablehnung usw., die bereits entsprechende Begründungen enthalten. Die Formulare sind heraustrennbar und mit entsprechenden Adressen versehen.

Die "nc - initiativgruppe freiburg" versucht damit, Klagen gegen Hochschulen oder die ZVS allen abgewiesenen Bewerbern zu ermöglichen und nicht nur denjenigen, die eine dicke Briefftasche haben und sich einen teuren Anwalt leisten können. Das Scheckheft kostet 35,- DM. Erhältlich bei:
initiativgruppe freiburg, Postfach 1733
7800 Freiburg



Terrorismus,
Anpassung,
Arbeitslosigkeit,
Drogen,
Sekten.

Die neue Generation
nach 68.

LONGO MAI GEHT
NEUE WEGE!!!!

Veranstaltung am
28. Mai um 20.00 Uhr
im alten Hauptgebäude.
Nix wie hin!!!!!!!